# Rathauschau

Montag, 19. November 2012

Ausgabe 220 muenchen.de/ru

### Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise Bürgerangelegenheiten Meldungen		2
		2
		3
>	München sagt Nein zum Autobahn-Südring	3
>	Ausbau und Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur	4
>	Führung durch die Ausstellung "Mustersiedlung Ramersdorf	
	und Gartenschau"	6
>	Kabarettist Christian Springer bei Kultum	6
>	MVHS: Veranstaltungen im Rahmen der Hörakademie	7
>	"Mugabe What Happened?" in der Open Scene	8
Α	nträge und Anfragen aus dem Stadtrat	9

### **Terminhinweise**

Wiederholung

### Dienstag, 20. November, 18 Uhr, Ratstrinkstube

Diskussionsveranstaltung mit Sozialreferentin Brigitte Meier und Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverband VdK Deutschland, zum Thema "Alt und arm?! Chancenlos?" Immer mehr ältere Menschen müssen mit wenig Geld auskommen. Die Veranstaltung fragt nach den Ursachen sowie nach den Chancen und Möglichkeiten, der Altersarmut zu begegnen.

Donnerstag, 22. November, 12 Uhr, Alfons-Hoffmann-Haus, Agnes-Bernauer-Straße 185 (ein Haus der Münchenstift GmbH) Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Mathilde Steitz im Namen der Stadt zum 106. Geburtstag.

## Bürgerangelegenheiten

### Donnerstag, 22. November, 19 Uhr, Aula der Rudolf-Diesel-Realschule, Schulstraße 3 (barrierefrei)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 9 (Neuhausen - Nymphenburg). Der Versammlungsleiter Stadtrat Dr. Florian Roth und die Bezirksausschussvorsitzende Ingeborg Staudenmeyer informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

### Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Ingeborg Staudenmeyer.

Das SBH Neuhausen - Moosach ist mit einem Informationsstand zum Thema "Tagesmutter/Tagesvater – Ein neuer Weg für Sie?" vertreten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren über den Weg zur Tagesmutter/zum Tagesvater.

# Meldungen

### München sagt Nein zum Autobahn-Südring

(19.11.2012) Zur Initiative des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU), den Autobahn-Südring neuerlich für den Bundesverkehrswegeplan 2015 vorzuschlagen, erklärt Oberbürgermeister Christian Ude: Die Landeshauptstadt München bleibt mit Sicherheit bei ihrer bereits 2006 beschlossenen und von der Vollversammlung im Juli 2010 bekräftigten Auffassung, dass auf den Autobahn-Südring verzichtet werden soll. Die Landeshauptstadt begründet diese Ablehnung mit

- den starken Eingriffen in Natur und Landschaft sowie den für München wichtigen Erholungsraum;
- der nur geringen verkehrlichen Entlastung des Mittleren Ringes und der A 99 Ost und Nordost;
- den hohen Kosten und der damit verbundenen Kostenkonkurrenz mit dem prioritären Projekt "Bahnknoten München" sowie
- der einhelligen Ablehnung durch alle Kommunen im südlichen Umland. Nach Ansicht des Münchner Oberbürgermeisters hat sich in keinem einzigen Punkt eine Änderung ergeben. Als die Staatsregierung im Juni 2010 vom Autobahn-Südring Abstand nahm, hatte der Oberbürgermeister namens der Landeshauptstadt München diese Kehrtwende um 180 Grad ausdrücklich begrüßt mit den Worten: "Diese Absage ist umweltpolitisch erfreulich, finanzpolitisch vernünftig und ehrlich und verkehrspolitisch verkraftbar, da die Entlastungseffekte für andere Straßen sehr gering wären." Besonders sei die Abkehr vom Südring aus städtischer Sicht auch deshalb zu begrüßen, weil die Staatsregierung damit "bereits zum vierten Mal den städtischen Empfehlungen folge – wie zuvor beim Nein zum Transrapid, beim Ja zum 2. S-Bahntunnel und bei der Entscheidung für die Ost-Trasse zur Verbesserung der Flughafenanbindung". Umso enttäuschender sei es jetzt, dass die Staatsregierung eine abermalige 180 Grad-Kehrtwende vornehme und den 2010 feierlich bestatteten Autobahn-Südring wieder auferstehen lassen wolle. Ude wörtlich: "Eine solche 180 Grad-Kehrtwende hat es auch bei der 2. S-Bahn-Röhre gegeben, die erst befürwortet, dann vom Ministerpräsidenten totgesagt wurde. Aber dann kehrte man mit einer abermaligen Kehrtwende zum Pfad der Tugend zurück. Jetzt kann man beim Autobahn-Südring nur hoffen, dass eine weitere Kehrtwende uns die Umweltbelastung und Milliarden-Fehlinvestition erspart."

Mit einem Brief an die Bürgermeister von Baierbrunn, Grünwald, Oberhaching, Pullach, Schäftlarn, Taufkirchen, Unterhaching und Straßlach-Ding-

harting bat Oberbürgermeister Christian Ude seine Kollegen aus dem südlichen Landkreis München, das Nein ihrer Gemeinderäte zum Autobahn-Südring ebenfalls zu bekräftigen. Mit einem weiteren Rundbrief an die Umweltinitiativen aus dem Isar- und Hachinger Tal sowie die Würmtal-Initiativen hat der Oberbürgermeister angeregt, dass sich alle Initiativen mit den Kommunen zusammenschließen, falls die Staatsregierung die Initiative des Innenministers ernsthaft weiterverfolgt und nicht schon bald entsprechend der Haltung ihres zuständigen Verkehrsministers wieder fallen lässt.

### Ausbau und Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur

(19.11.2012) Die Radlhauptstadt München hat die Sommermonate genutzt und die Münchner Radverkehrsinfrastruktur durch eine Vielzahl von Maßnahmen kontinuierlich weiter verbessert.

So markierte das Baureferat unter anderem vier **neue Schutzstreifen** und Radfahrstreifen ab – zum Beispiel in der Maximilianstraße, Von-der-Tann-Straße und Riemer Straße. Erst vor wenigen Tagen wurde außerdem ein neuer Radfahrstreifen in der Leonrodstraße abmarkiert und damit ein wichtiger Lückenschluss erreicht. Schutz- und Radfahrstreifen erhöhen die Verkehrssicherheit, da sie direkte Sichtbeziehungen zwischen Rad- und Autoverkehr gewährleisten.

Im Grundsatzbeschluss des Stadtrats zum Radverkehr wurde deshalb auch festgelegt, dass der Radverkehr künftig überall dort, wo es sinnvoll und möglich ist, auf der Straße neben dem Autoverkehr mitfließen soll. Das Kreisverwaltungsreferat überprüft nun nach und nach in allen Stadtbezirken, ob die **Benutzungspflicht** der vorhandenen Radwege **aufgehoben** werden kann. Dies erfolgte inzwischen in 54 Fällen, zuletzt in der Siglstraße, Guntherstraße, Maria-Eich-Straße, Domagkstraße und Elsenheimerstraße. Seit dem 8. November werden Autofahrerinnen und Autofahrer an "kritischen" Punkten mit temporär aufgestellten Zusatzschildern vor Ort explizit darauf hingewiesen, dass die Benutzungspflicht des vorhandenen Radwegs aufgehoben und das Fahren für Radfahrerinnen und Radfahrer auf der Straße erlaubt ist.

Weiterhin wurden vom Kreisverwaltungsreferat sechs **zusätzliche Einbahnstraßen** für Radlerinnen und Radler in Gegenrichtung geöffnet (in der Konrad-Celtis-Straße, der Laimer Straße, der Nibelungenstraße sowie in der Peißenberg-, Eliland- und Keuslinstraße), so dass inzwischen 291 von zirka 700 Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr freigegeben sind. In der Holledauer- und Donaustauferstraße wurde zudem eine weitere Fahrradstraße eingerichtet, so dass es in der Radlhauptstadt München inzwischen 21 Fahrradstraßen gibt.

Durch **neue Radwege** konnten mehrere Netzlücken im Radverkehrsnetz geschlossen werden: In der Baumkirchner Straße wurde zwischen der Truderinger Straße und der Neumarkter Straße der erste Bauabschnitt des Lückenschlusses (Teil des äußeren Radlrings) fertiggestellt. Durch den Bau von Geh- und Radwegen in den Grünanlagen "Im Gefilde" sowie "Bichlhofweg Johanneskirchen" konnten weitere Lücken in diversen Radrouten beseitigt werden. Dies betrifft vor allem die in Ost-West-Richtung verlaufenden Routen zwischen Waldperlach und Neuperlach sowie zwischen Ringofenweg und Isabella-Braun-Weg im Verlauf der Nord-Süd-Hauptroute von Johanneskirchen in Richtung Unterföhring.

Das **Radwegenetz** wurde darüber hinaus nicht nur an 34 Stellen im Bestand saniert, sondern auch an zwölf Punkten **strukturell verbessert**. Durch kurze Zweirichtungswege konnten beispielsweise kleinere Lücken geschlossen werden. An einigen Stellen wurden Querungen verbreitert und rot eingefärbt; so konnten die Sicherheit und der Komfort gesteigert werden.

Bis Ende September wurden vom Baureferat **365 zusätzliche Fahrradstellplätze** geschaffen und etwa 100 alte Fahrradständer gegen zeitgemäße Modelle ausgetauscht.

Bürgermeister Monatzeder freut sich über die zahlreichen Verbesserungen für den Radverkehr: "Der rasche Anstieg des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehrsaufkommen ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, stellt uns aber auch vor große Herausforderungen. Es ist nicht immer einfach, die Infrastruktur sofort den neuen Bedingungen anzupassen, doch die neuesten Zahlen zeigen, dass wir nach wie vor auf einem guten Weg sind. Sehr wertvoll sind dabei für uns die gute Zusammenarbeit mit dem ADFC sowie der Polizei und nicht zuletzt die Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger."

Noch bis Ende November haben die Radlerinnen und Radler unter www.fahrradklima-test.de Zeit, sich an einer Umfrage des Allgemeinen Deutschen Fahrradclub e.V. (ADFC) zur Zufriedenheit mit der Radverkehrsinfrastruktur in ihrer Stadt zu beteiligen. Die Landeshauptstadt München begrüßt diese Befragung und erhofft sich von den Umfrageergebnissen Hinweise für die weitere Arbeit. Um die Aussagekraft auf der städtischen Ebene zu gewährleisten, ist es wichtig, dass möglichst viele Radfahrerinnen und Radfahrer teilnehmen. Die Befragung erfolgt anonym und dauert maximal zehn Minuten.

# Führung durch die Ausstellung "Mustersiedlung Ramersdorf und Gartenschau"

(19.11.2012) Im Rahmen der Ausstellung "Mustersiedlung Ramersdorf und Gartenschau" lädt der Arbeitskreis Stadtteilgeschichte Ramersdorf e.V. zu einer kostenlosen Führung ein. Renate Wirthmann, die Vorsitzende des Arbeitskreises, erzählt am Donnerstag, 22. November, um 18 Uhr in der Stadtbibliothek Ramersdorf, Führichstraße 43, viel Neues und bisher Unbekanntes zur nur wenige Minuten vom alten Dorfkern in Ramersdorf entfernt liegenden Mustersiedlung. Sie wurde im Juni 1934 als Musterschau eröffnet, gleichzeitig entstand auf dem Gelände zwischen Wilram- und Herrenchiemseestraße die Jahresschau "Garten und Heim". Heute erinnert nur noch der dortige Park an die erste Münchner Gartenschau. Viele historische und bisher unveröffentlichte Fotografien und Informationen werfen Blicke zurück in die Jahre 1933 und 1934.

Die Offnungszeiten der Ausstellung sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 19 Uhr und am Mittwoch von 14 bis 19 Uhr. Erreichbar ist die Bibliothek mit der U2 und den Bussen 55, 144, 155 (Haltestelle Karl-Preis-Platz beziehungsweise Ramersdorf).

### Kabarettist Christian Springer bei Kultum

(19.11.2012) Christian Springer alias Fonsi tritt am Donnerstag, 22. November, um 20 Uhr mit seinem aktuellen Programm "Jetzt reicht's! ... leider nicht für alle" in der Aula des städtischen Louise-Schroeder-Gymnasiums (Schulzentrum Pfarrer-Grimm-Straße 1) auf.

Fonsi ist wieder unterwegs: Der scharfsinnige Nörgler und liebenswerte Münchner Grantler ist seit Jahren bundesweit auf der Jagd nach der menschlichen Niedertracht. Und er findet sie zuhauf. Da steigt er dann herab aus seinem Kassenhaus im Schloss Neuschwanstein und erklärt mit flammendem Eifer die Welt. Große Politik und kleine Schwächen, den digitalen Terror und den vorhersehbaren Wahlausgang. Und natürlich, wie es um die Dummheit steht.

Die Veranstaltung findet im Rahmen von Kultum statt, einer Initiative der Münchner Stadtbibliothek Allach - Untermenzing und der Elternbeiräte am Schulzentrum Pfarrer-Grimm-Straße. Eintrittskarten zu 15 Euro, ermäßigt 8 Euro, sind in der Bibliothek und an der Abendkasse erhältlich. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 18 93 29 90 möglich.

### MVHS: Veranstaltungen im Rahmen der Hörakademie

(19.11.2012) Am Freitag, 23. November, 20 Uhr, präsentiert die Münchner Volkshochschule (MVHS) mit Unterstützung der Hochschule für Musik und Theater und des Kulturreferats der Landeshauptstadt im Rahmen der Hörakademie das Klavierkonzert "Totentanz" von Franz Liszt im Gasteig, Kleiner Konzertsaal, Rosenheimer Straße 5. Der Eintritt kostet 17 Euro, ermäßigt 12 Euro. Karten für die Veranstaltung (Kursnummer EG 2022 E) sind bei allen Anmeldestellen der MVHS erhältlich, Restkarten gibt es an der Abendkasse.

Inspiriert durch die Fresken "Triumph des Todes" auf dem Camposanto in Pisa schrieb Franz Liszt ein furioses Klavierwerk über das düstere Choralthema "Dies irae". Der Pianist Sandro Ivo Bartoli, an dessen fulminante Interpretation von Beethovens 4. Klavierkonzert sich Zuhörer der Hörakademie erinnern werden, wird den aberwitzig virtuosen Klavierpart übernehmen. Peter Stangels musikalische Erläuterungen werden ergänzt durch einen Kurzvortrag der Kunsthistorikerin Konstanze Frölich über die berühmten Fresken.

Seit 2009 bietet in dieser Konzert-Reihe die taschenphilharmonie, das "kleinste Sinfonieorchester der Welt", Hörgenuss und Hörerfahrung. In kleiner Besetzung mit zehn bis 15 Musikern gespielt, werden die eigens für dieses Ensemble orchestrierten Meisterwerke transparent und durchsichtig, Dinge werden hörbar, die in der Klangmasse eines großen Orchesters leicht untergehen.

In der Hörakademie erklingen nicht einfach nur Konzerte, sondern Musiker und Dirigent lassen die Zuhörer in die Werkstatt der Komponisten hineinschauen: Es werden musikalische Themen vorgestellt, Tempi oder die Dynamik verändert und Spielweisen variiert. Die verschiedenen Schichten des musikalischen Gesamtgewebes werden einzeln hörbar gemacht und ihre Bedeutung für das Ganze erklärt. So werden die Komposition und ihre Interpretation unmittelbar hör- und erlebbar.

Zum Abschluss erklingt das Werk dann einmal von Anfang bis Ende, so wie der Komponist es geschrieben hat.

Weitere Informationen unter Telefon 4 80 06-62 20, siehe auch unter www.mvhs.de

**Achtung Redaktionen:** Rückfragen bei Marianne Müller-Brandeck, Fachgebiet Musik der Münchner Volkshochschule, Telefon 44 47 80-61, Marianne.Mueller-Brandeck@mvhs.de. Bei Interesse steht Peter Stangel gerne für ein Interview zur Verfügung. Kontakt: 01 77-6 23 78 76, contact@peter-stangel.de, Fotos in hoher Auflösung auf Anfrage.

### "Mugabe ... What Happened?" in der Open Scene

(19.11.2012) In der nächsten Veranstaltung der Reihe "Open Scene" im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, am Donnerstag, 22. November, um 19 Uhr wird der Dokumentarfilm "Mugabe ... What Happened?" von Simon Bright, der auch im Filmmuseum zu Gast sein wird, gezeigt.

"Mugabe … What Happened?"; Großbritannien/Zimbabwe/Südafrika 2011; 80 Minuten; Originalfassung mit deutschem Kommentar: In seinem Film verwebt Simon Bright die Biographie Robert Mugabes mit der Geschichte Zimbabwes, des ehemaligen Rhodesiens, und des antikolonialen Befreiungskampfes in der Region. Inspiriert von Präsident Nkruhma und der Unabhängigkeit Ghanas 1957 engagiert sich Mugabe im Freiheitskampf und steigt zum ersten Präsidenten des unabhängigen Zimbabwes auf. Dabei weiß er die Besonderheit des von Weißen regierten und wirtschaftlich beherrschten Rhodesiens, das im Streit mit dem kolonialen Mutterland Großbritannien liegt, und die Konstellation des Kalten Krieges geschickt für sich zu nutzen.

Zunächst gilt Zimbabwe als Modell einer Gesellschaft, in der Schwarze und Weiße auch nach der Unabhängigkeit friedlich zusammenleben können. Doch schon früh wird deutlich, mit welcher Rücksichtslosigkeit Mugabe jede Form von Opposition unterdrückt.

Im Film kommen Freunde und politische Weggefährten Mugabes zu Wort. Ergänzt durch seltenes Archivmaterial berichten sie von ihrer Bewunderung für den jungen Aktivisten, aber auch von ihrem zunehmenden Unverständnis für seine politische Taktik, die sich in Distanz und schließlich offene Gegnerschaft verwandelt. Simon Bright geht in seinem vielschichtigen Film der Frage nach, was geschehen musste, damit der Mann, den er einst bewunderte und den er in den ersten Jahren der Unabhängigkeit unterstützte, zu einem autokratischen machtbesessenen Herrscher werden konnte.

In Kooperation mit dem Evangelischen Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEF) und Ecumenical Support Simbabwe (ESS - München). Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

### Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

### **Inhaltsverzeichnis**

Montag, 19. November 2012

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Keine Personalkürzungen im Planungsreferat, Befreiung von den Konsolidierungsvorgaben

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Ausreichende Personaldecke im Planungsreferat zur Erreichung der Wohnungsbauziele

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Schriftliche Bestätigung von Betratungsgesprächen im Planungsreferat

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München:
Wohnungspotentiale durch Dachgeschossausbau heben!

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Finanzielle Anreize für eine Stadt-Umland-Kooperation

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Freiflächenpotentiale durch Einhausung (1)

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Freiflächenpotentiale durch Einhausung von Straßen (2)

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Unterstützung bei der Erarbeitung von Bebauungsplänen durch externe Büros bis im Planungsreferat eine ausreichende Personalkapazität aufgebaut ist.

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

### U-, S- und Straßenbahn blackout-fest machen

Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Keine Diskriminierung der Beschäftigten durch kirchliche Arbeitgeber – die Vergabe städtischer Mittel an die Antidiskriminierungsvereinbarung der Stadt München koppeln! Antrag Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)



### **ANTRAG**

19.11.2012

### Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Keine Personalkürzungen im Planungsreferat, Befreiung von den Konsolidierungsvorgaben

Der Stadtrat nimmt das Planungsreferat in dem für den Wohnungsbau relevanten Umfang von den Sparmaßnahmen der Haushaltskonsolidierung aus.

### Begründung:

Die im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes "Wohnen in München IV" zur Verfügung gestellten Mittel konnten in keinem Jahr des Programmzeitraums tatsächlich abgerufen werden. Von den insgesamt eingestellten 625 Millionen Euro wurde mit 309 Millionen nur knapp die Hälfte investiert. Entsprechend wurden auch die selbst vorgegebenen Wohnungsbauzahlen kaum erreicht.

Trotz dieser negativen Bilanz wurden nicht alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft. Insbesondere wurde das Planungsreferat, das "Wertschöpfungsreferat", in den entscheidenden Bereichen nicht von den Sparmaßnahmen ausgenommen mit der Folge, dass nun Personal fehlt, um die entsprechenden Verfahren zu bearbeiten.

Um die Wohnungsbauzahlen zu erreichen und damit einen weiteren Beitrag zur Linderung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum zu leisten, muss das Planungsreferat im notwendigen Umfang von der Konsolidierung befreit werden.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender



**ANTRAG** 

19.11.2012

### Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Ausreichende Personaldecke im Planungsreferat zur Erreichung der Wohnungsbauziele

Dem Planungsreferat werden in den relevanten Bereichen ausreichende Personalkapazitäten zur Verfügung gestellt.

### Begründung:

Die im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes "Wohnen in München IV" zur Verfügung gestellten Mittel konnten in keinem Jahr des Programmzeitraums tatsächlich abgerufen werden. Von den insgesamt eingestellten 625 Millionen Euro wurde mit 309 Millionen nur knapp die Hälfte investiert. Entsprechend wurden auch die selbst vorgegebenen Wohnungsbauzahlen kaum erreicht.

Trotz dieser negativen Bilanz wurden nicht alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft. Insbesondere wurde das Planungsreferat, das "Wertschöpfungsreferat", in den entscheidenden Bereichen nicht von den Sparmaßnahmen ausgenommen mit der Folge, dass nun Personal fehlt, um die entsprechenden Verfahren zu bearbeiten.

Um die Wohnungsbauzahlen zu erreichen und damit einen weiteren Beitrag zur Linderung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum zu leisten, muss das Planungsreferat in den entscheidenden Abteilungen personell entsprechend ausgestattet werden.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender



**ANTRAG** 

19.11.2012

### Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Schriftliche Bestätigung von Beratungsgesprächen im Planungsreferat

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur reibungslosen Abwicklung von Beratungsgesprächen und dadurch Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren werden Gespräche und sonstige mündliche Beratungen, die im Vorfeld sowie während des Fortgangs einer Baumaßnahme von Bauwerbern und am Bau Beteiligten mit Mitarbeitern des Planungsreferates geführt werden bzw. Beratungen und Auskünfte im Zuge der Aufstellung von Bauleitplänen protokolliert. Diese Zusammenfassung wird allen Gesprächsteilnehmern sowie den mit dem Vorhaben befassten Mitarbeitern des Planungsreferates in identischer Fassung zugeleitet. Eine Verteilung mit Email/Fax oder ähnlicher, technisch verfügbarer Verteilungsform ist jederzeit möglich.

### **Begründung:**

Nicht selten gibt es über die Ergebnisse von Beratungsgesprächen im Planungsreferat unterschiedliche Beurteilungen bei Bauwerber und Behörden. Dies ist besonders ärgerlich, da Bauwerber ja gerade das Gespräch mit dem Referat suchen, um im Vorfeld oder während der Maßnahme Schwierigkeiten frühestmöglich aus dem Weg zu räumen oder Beanstandungen von vorne herein zu vermeiden. Dies zieht nicht nur Kosten nach sich, sondern auch Verzögerungen im Verfahren. Um dies zu vermeiden, soll durch Protokolle ein gewisser Vertrauensschutz geboten und zeitraubende Missverständnisse ausgeräumt werden.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender

\_



### **ANTRAG**

19.11.2012

# Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Wohnungspotentiale durch Dachgeschossausbau heben!

Dem Stadtrat wird dargelegt, in welcher Weise derzeit der Dachgeschossausbau gefördert wird und welche Anstrengungen unternommen werden können, um den Dachgeschossausbau künftig besser zu bewerben und schneller zu realisieren.

### Begründung:

Wiederholt hat der städtische Wirtschaftsreferent darauf hingewiesen, dass im Dachgeschossausbau noch Potential für Wohnungsbau in München vorhanden wäre, das man nur heben müsse.

Auch mich erreichen verstärkt entsprechende Hinweise von Bauwerbern und Immobilieneigentümern.

In der Realität berichten Bauwerber jedoch von großen Schwierigkeiten, wenn sie sich mit solchen Vorhaben an die Lokalbaukommission wenden. Probleme mit Brand- und Denkmalschutz beispielsweise oder mit dem Stellplatznachweis verhinderten die Bauvorhaben sehr oft bzw. lassen Bauwerber aufgeben. So scheitere beispielsweise ein aufgrund des Dachausbaus nötiger weiterer Rettungsweg oft an Einwänden des Denkmalschutzes.

Daher soll dem Stadtrat umgehend dargelegt werden

- a) welches Potential im Dachgeschossausbau in München noch vorhanden ist
- b) welche Probleme bei Dachgeschossausbauten vorkommen
- c) welche Ressourcen die Verwaltung benötigt, um im Rahmen eines Dachgeschossausbauprogrammes mögliche Wohnungsreserven zu heben.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender



### **ANTRAG**

19.11.2012

# Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Finanzielle Anreize für eine Stadt-Umland-Kooperation

Die Stadtspitze tritt sowohl mit dem Freistaat als auch mit den Umlandgemeinden in Kontakt mit dem Ziel

- Wohnungsbaukooperationen zu ermöglichen und zu schaffen
- Fördermöglichkeiten durch den Freistaat auszuloten.

Daneben wird geprüft, inwieweit die städtischen Wohnungsbaumittel im Rahmen einer solchen Kooperation eingesetzt werden.

### Begründung:

Die Lösung der Wohnungsprobleme in München und dem Umland wird nur in einer engen Kooperation zwischen Stadt und Umland gelingen können. Diese wurde zwar vielfach von den Verantwortlichen beschworen, greifbare Ergebnisse gibt es jedoch nicht.

Um hier Anreize sowohl für eine Kooperation als auch für gemeinsame Wohnungsbauinitiativen zu schaffen, wird der Freistaat aufgefordert, finanzielle Anreize für Kooperationsmodelle zu erarbeiten und zu realisieren.

Dies könnte auch gemeinsam mit der Stadt erfolgen, denn hier stehen ausreichend Fördermittel von Stadt, Land und Bund zur Verfügung: Die eingestellten Wohnungsbaumittel der Stadt konnten im Förderzeitraum von Wohnen in München IV (2007 bis 2011) nur knapp zur Hälfte abgerufen werden.

Ausreichend Mittel stehen also zur Verfügung. Daher wird die Stadtspitze aufgefordert, mit dem Freistaat und den Umlandgemeinden, ggf. auch Landkreisen, in Kontakt zu treten und die Möglichkeiten für Kooperationsmodelle auszuloten. In die Kooperationsüberlegungen sollte auch einbezogen werden, inwieweit die städtischen Wohnungsbaugesellschaften hier aktiv werden können.

Josef Schmid Fraktionsvorsitzender



**ANTRAG** 

19.11.2012

# Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Freiflächenpotentiale durch Einhausung (1)

Das in der Vollversammlung vom 24.10.2012 beschlossene Gutachten zur Langfristigen Freiraumentwicklung wird um folgende Fragestellung erweitert: ob und in welchem Umfang können durch Einhausungen (zusätzliche) Freiflächen gewonnen werden.

### Begründung:

Vor dem Hintergrund des dringend benötigten Wohnraums gibt es in München einen Konflikt zwischen den Zielen der Versorgung mit Wohnraum einerseits und der Versorgung mit Freiflächen andererseits. Daneben nimmt der Verkehr ständig zu, wirksame Lösungen sind gefordert.

Einhausungen könnten ein Lösungsbeitrag für alle drei Problemkreise sein. Daher sind sie in o.g. Gutachten mit einzubeziehen.

Josef Schmid Fraktionsvorsitzender



### **ANTRAG**

19.11.2012

# Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Freiflächenpotentiale durch Einhausung von Straßen (2)

Die Verwaltung prüft, inwieweit neue Grünflächen auf möglichen Einhausungen als Flächenpool infrage kommen können. Die Flächen können Verwendung finden a) als ökologische Ausgleichsflächen bzw.

b) zur Erfüllung der Verpflichtung von Bauherren, Grünflächen zu schaffen. So könnten ggfs. auch Einhausungen mitfinanziert werden.

### Begründung:

Eines der Argumente gegen die Einhausung viel befahrener Straßen ist die – berechtigte - Frage der Kosten. Kreative Lösungen sind gefragt. Ziel dieses Antrags ist es, die Nutzung von Einhausungen als Flächenpotentiale näher zu untersuchen.

### a) Ökologische Ausgleichsflächen

In München sind beispielsweise Ökologische Ausgleichsflächen knapp. Solche Flächen werden benötigt, wenn durch ein Bauvorhaben oder eine Planung Eingriffe in die Natur nicht vermieden werden können. Für den Fall, dass der ökologische Ausgleich nicht im räumlichen Zusammenhang mit dem Vorhaben erfolgen kann, hält die Stadt München einen Pool an Ausgleichsflächen vor, in die sich der Investor "einkaufen" kann, das sogenannte Ökokonto. Anfang 2010 hat der Stadtrat die Verwaltung u.a. beauftragt, weitere Flächen für dieses Ökokonto zu untersuchen

Ziel dieses Antrages ist zu prüfen, ob Grünflächen auf Einhausungen auch dem Münchner Ökokonto zur Verfügung gestellt werden können und so diese Reserve erweitern. Gerade vor dem Hintergrund, dass alle Wohnbaureserven gehoben werden müssen, ist zu erwarten, dass der Bedarf an Ausgleichsflächen steigt. Im Beschluss von 2010 hat die Verwaltung den künftigen Bedarf auf 470 ha beziffert.

Im jetzigen Flächenpool für Ausgleichsflächen sind auch landwirtschaftliche Flächen enthalten (122 ha). Werden diese Flächen herangezogen, gehen sie der Landwirtschaft verloren. Die Schaffung neuer Reserven für Ausgleichsflächen hätte den positiven Nebeneffekt, dass diese landwirtschaftlichen Flächen, deren Erhaltung im Sinne der

regionalen Erzeugung von Lebensmitteln ja auch Ziel der Stadt ist, aus dem Flächenpool genommen und weiter landwirtschaftlich genutzt werden könnten.

### b) Freiflächenversorgung

Daneben könnten neue Grünflächen auf Einhausungen bei Nachverdichtungen und/oder Umwandlungen von Gewerbegebieten in Wohngebiete eine Rolle spielen. Die Stadt fordert von den Bauherren die Herstellung von Grünflächen. Gerade in dicht besiedelten Gebieten stellt diese Pflicht jedoch oft ein Problem dar. Die Umsetzung von Projekten wird erschwert, weil die von der Stadt geforderten Grünflächen nicht mehr oder nicht im erforderlichen Umfang erreicht werden können. Hier könnte ein solcher Flächenpool für eine Flexibilisierung sorgen. Die Handhabung soll ähnlich wie beim Ökokonto erfolgen. Kann ein Bauherr seine Verpflichtung nicht in vollem Umfang vor Ort erfüllen, kann er sich in den Freiflächenpool "einkaufen" und den Rest dort ablösen. Eine komplette Ablöse scheint nicht zielführend, da auch bei baulicher Verdichtung Grünflächen vor Ort nötig sind, über einen Ausnahmekatalog von der Verpflichtung kann aber nachgedacht werden.

Die CSU-Stadtratsfraktion hat bereits über Anträge und Änderungsanträge versucht, bei Vorliegen bestimmter Kriterien (wie sehr guter Infrastruktur, sehr guter ÖPNV-Anbindung) eine Modifizierung des Freiflächenschlüssels zu erreichen, um einen Ausgleich zwischen den Zielen Wohnraumschaffung und Grünflächenversorgung zu schaffen, ist dabei aber immer an SPD und Grünen gescheitert.

Vor dem Hintergrund des Zielkonflikts zwischen Wohnraumschaffung und Freiflächenversorgung einerseits und der notwendigen Lösung verkehrlicher Probleme (incl. deren Auswirkung auf Gesundheit und Umwelt) andererseits ist das Beschreiten neuer, kreativer Wege Wege gefordert. Dieser Antrag soll dazu einen Beitrag leisten.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender



### **ANTRAG**

19.11.2012

Impulse für mehr Wohnungsbau in München: Unterstützung bei der Erarbeitung von Bebauungsplänen durch externe Büros bis im Planungsreferat eine ausreichende Personalkapazität aufgebaut ist.

Zur Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren wird im Planungsreferat eine ausreichende Personalkapazität aufgebaut. Bis dahin werden Planungsleistungen in größerem Umfang als bisher an Private vergeben.

### Begründung:

Die im Rahmen des Wohnungsprogrammes "Wohnen in München IV" zur Verfügung gestellten Mittel konnten in keinem Jahr des Programmzeitraums tatsächlich abgerufen werden. Von den insgesamt eingestellten 625 Millionen Euro wurde mit 309 Millionen nur knapp die Hälfte investiert. Entsprechend wurden auch die selbst vorgegebenen Wohnungsbauzahlen kaum erreicht.

Trotz dieser negativen Bilanz wurden nicht alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft. Insbesondere wurde die Personalkapazität im Planungsreferat immer weiter abgebaut und unsere Initiative, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bauleitplanung durch externe Büros zu unterstützen und zu entlasten, von Rot-Grün bisher abgelehnt.

Um die Wohnungsbauzahlen zu erreichen und damit einen weiteren Beitrag zur Linderung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum beizutragen, sind o.g. Maßnahmen notwendig.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender



Stadtrat Dr. Georg Kronawitter

### **ANTRAG**

19.11.2012

### U-, S- und Straßenbahn blackout-fest machen

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie es technisch möglich wäre, zu verhindern, dass U-Bahnen im Tunnel und Straßenbahnen im Straßenraum hängen bleiben und sogar der eigentlich nicht betroffene S-Bahn-Betrieb eingestellt werden muss, weil die Tunnelbahnhöfe stromlos sind.

Insbesondere wird gebeten zu prüfen, inwiefern die U- und Straßenbahn-Versorgung im Notfall auch auf Bahnstromlieferungen umgestellt werden kann, ebenso die Versorgung zumindest der Innenstadt-Bahnhöfe.

Bei den vorzustellenden Maßnahmen ist auch eine stufenweise Realisierbarkeit darzustellen.

### Begründung:

Großflächige Stromausfälle sind bei uns erfreulicher Weise sehr selten. Aber dann haben sie gravierende Auswirkungen. Immerhin scheinen sich Firmen wie BMW und SIEMENS sehr gut darauf eingestellt zu haben, da sie ihren Betrieb aufrechterhalten konnten.

Es gibt also technisch und wirtschaftliche Konzepte, die Folgen für neuralgische Punkte abzufedern.

Hier gibt es im ÖV-Bereich aber noch gravierende Defizite, wie sich gezeigt hat.

Hier drängt sich auf, die traditionell vom "normalen" Stromnetz unabhängige und hochverfügbare Bahnstromversorgung "anzuzapfen", zumal diese von einer Konzerntochter der DB AG, der DB Energie explizit auf dem Markt angeboten wird /1/. Natürlich erfordert die historisch bedingt niedrigere Bahnstromfrequenz von 16,7 Hz technische Anpassungsmaßnahmen, aber da die U-und die Straßenbahnen ohnehin mit Gleichstrom versorgt werden, scheint der technische Aufwand gerade hier eher gering zu sein.

Alles in allem ist der Aufwand gerechtfertigt, sich hierzu jetzt konzeptionellen Gedanken zu machen.

#### Quellen

/1/ http://www.dbenergie.de/dbenergie-de/start/bahnstrom/bahnstrom vollversorgung.html

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat



#### DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

An Oberbürgermeister Christian Ude

Rathaus Marienplatz 8 80331 München Orhan Akman Ehrenamtlicher Stadtrat

DIE LINKE offene Liste im Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8 80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35 Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 19.11.2012

Antrag: Keine Diskriminierung der Beschäftigten durch kirchliche Arbeitgeber – die Vergabe städtischer Mittel an die Antidiskriminierungsvereinbarung der Stadt München koppeln!

### Der Stadtrat möge beschließen:

- Die Vergabe städtischer Mittel (Auftragsvergaben und Kostenübernahmen) an kirchliche Träger (Caritas, Diakonie etc.) wird künftig an die Bedingung geknüpft, die Antidiskriminierungsvereinbarung der Stadt auch in den bezuschussten Betrieben umzusetzen.
- 2. Die Vergabe städtischer Mittel setzt somit künftig voraus, dass:
  - a) die kirchlichen Träger bei den Stellenausschreibungen nicht mehr die Anforderung stellen, dass die Bewerber\*innen der christlichen Kirche angehören müssen und auch während der Bewerbungsverfahren keine Vorauswahl an Personen, die der christlichen Kirche angehören, stattfindet;
  - b) keine diskriminierenden Kündigungen aufgrund eines Kirchenaustritts, der sexuellen Orientierung oder dem individuellen Ehestand, getätigt werden.

#### Begründung:

Die christliche Kirche hat historisch bedingt bestimmte "Arbeitgeberrechte", die in Verträgen zwischen Vatikan bzw. der evangelischen Kirche und dem deutschen Staat verankert sind und auch heute noch Gültigkeit besitzen. Hierzu zählen besondere Loyalitätspflichten der Beschäftigten aus denen sich moralische Grundsätze ableiten, die die Beschäftigten zu befolgen haben.

Die Verträge widersprechen in Bezug zum Diskriminierungsverbot nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch arbeitsrechtlichen Grundlagen, wie dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz. So können (und wurden!) Beschäftigte kirchlicher Träger aufgrund von Homosexualität, Kirchenaustritt, Zusammenleben ohne Trauschein, einem nicht-ehelichen

Stadtrat: Orhan Akman• Mitarbeiterin: Maren Ulbrich

E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de Homepage: http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de Kind oder einer zweiten Heirat gekündigt werden.

Die beiden größten kirchlichen Träger (Caritas und Diakonie) beschäftigten in Deutschland weit über eine Million Arbeitnehmer\*innen. Auch in München gehören sie zu den großen Arbeitgebern. Durch die oben genannten besonderen Rechten der Kirche und ihren Trägern wird jedoch die Hälfte der Münchner Stadtgesellschaft diskriminiert: 2011 waren in München 36,2 % der Bürger\*innen katholisch, 13,3 % evangelisch, 0,3 % jüdisch und 50, 3 % gehörten anderen Konfessionen bzw. Religionen an oder waren konfessionslos. So wird rund die Hälfte der Stadtgesellschaft in ihrer Berufswahl schon dadurch beschränkt, dass sie aufgrund ihrer Konfession bei den kirchlichen Trägern nicht eingestellt würde.

Die Stadt München setzt als Arbeitgeberin im Gegensatz dazu auf die Gleichstellung und Antidiskriminierung ihrer Beschäftigten und auch auf die Gleichbehandlung der Bürger\*innen. Dabei sind der Pluralismus der Lebensstile, sexuellen Orientierungen und Religionen ebenso von Bedeutung wie die kulturelle Vielfalt. Um die Gleichstellung zu gewährleisten gibt es eine städtische Antidiskriminierungsstelle und eine städtische Antidiskriminierungsvereinbarung. Somit ist die Zusammenarbeit mit kirchlichen Trägern, die ihre Beschäftigten oder die Stadtgesellschaft aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Lebensstile und sexuellen Orientierungen diskriminieren, nicht vereinbar.

Orhan Akman Stadtrat der LINKEN.